Bezugs-Preis
für Leipzig und Vororte. In der Haupt-Expedition oder deren Ausgabestellen abgeholt monatlich: Ausgabe A (1 mal täglich) 70 Pf., Ausgabe B (2 mal täglich) 80 Pf., bei Zustellung ins Haus Ausgabe A 80 Pf., Ausgabe B 1 Mark. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen 3 mal täglich innerhalb Deutschlands monatlich 1 Mark, für Oesterreich-Ungarn 5 K 45 h vierteljährlich, die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1273.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1.
Telephon I, Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile für Geschäftsinserate aus Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Wohnungs- u. Stellen-Anzeigen, sowie Ein- und Verkäufe 20 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf.,
für Inserate von auswärts 30 Pf.
Reklamen 75 Pf., auswärts 1 Mark. Beilagegebühr 4 Mark p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif.
Für Inserate vom Auslande besonderer Tarif.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Telephon VI, Nr. 4603).
Filial-Expedition Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 10. Donnerstag 10. Januar 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Die ehemalige Königin Marie von Hannover ist gestern im 89. Lebensjahre in Gmunden gestorben. (S. Deschs. R.)

* Durch ein aus Windhuk eingegangenes Telegramm wird ausdrücklich festgestellt, daß das von Oberst Deimling am 24. Dezember 1906 gemeldete Unterwerfungsabkommen von Oberleutnant v. Estorff mit Johannes Christian, dem Kapitän der Bondelzwarts, erst am 23. Dezember in Utamas abgeschlossen ist. Die vom „Vorwärts“ verbreitete Nachricht, die Unterwerfung der Hottentotten sei bereits am 2. Dezember in Windhuk bekannt gewesen, ist somit völlig unwahr.

* Die „Nordd. Allg. Ztg.“ weist darauf hin, daß es zwar statthaft sei, auf den Namen des Direktors der Kolonialabteilung Wahlzettel abzugeben, daß aber die mehrfache Aufstellung von Zählkandidaturen auf den Namen Dernburgs weder mit seinem Wissen noch Willen erfolgt seien.

* Das „Militärwochenblatt“ meldet die Ernennung des Prinzen Friedrich Leopold zum Generalinspekteur der 1. Armeeinspektion mit dem Standort in Berlin sowie die Stellung zur Disposition des Generalleutnants Wollmer, Inspekteur der 4. Ingenieurinspektion.

* Die Unteroffizierschule in Neu-Breisach wurde auf kaiserlichen Befehl nach Sigmaringen verlegt.

* Als Nachfolger des in den Ruhestand tretenden Präsidenten Jangnickel der Eisenbahndirektion Altona ist der Eisenbahndirektionspräsident in Königsberg Göpel ernannt worden.

* Auch in Dresden versuchten Sozialdemokraten nationale Wählerversammlungen zu stören. (S. Letzte Dep.)

* Der Schah von Persien ist gestorben. (S. Leitartikel.)

Sozialdemokratische Kampfesweise.

Die beiden großen Versammlungen, im Zentraltheater am letzten Freitag mit Dr. Junds Programmrede und in der Alberthalle am Sonnabend mit Bebels Hilfsrede für den sozialdemokratischen Reichstagskandidaten, haben die eigentliche Wahlbewegung in Leipzig eingeleitet. Aber noch nicht sind acht Tage seit diesen Versammlungen vergangen, und schon hat die Kampfesweise der Leipziger Sozialdemokratie durch unwiderlegliche Tatsachen eine unzweideutige, scharfe Beleuchtung erfahren.

Keine Partei wie die sozialdemokratische erhebt so unverfroren den Anspruch, einen nur sachlichen Kampf mit geistigen Waffen zu führen. Keine aber widerlegt sich selbst durch ihr Verhalten gegenüber dem politischen Gegner so schlagend, wie wiederum die Sozialdemokratie. Ein Blick in die „Leipziger Volkszeitung“ und ein Rückblick auf das Verhalten der „Genossen“ liefert dafür unumstößliche Beweise.

Kaum hatten die Freunde der Kandidatur Junck jene erste Versammlung im Zentraltheater bekannt gegeben, so erfolgte ein Massenaufgebot der Sozialdemokratie, um durch numerische Stärke den Erfolg dieser Versammlung sich zu sichern. Das heißt, was man so unter Erfolg auf sozialdemokratischer Seite versteht: Terrorismus der Masse gegenüber der Versammlungsleitung auf gegnerischer Seite. Beileibe aber nicht Erfolg durch ein geistiges Uebergewicht. Wie hätte man sich sonst auf die ungeheuerliche Forderung verleiten, dem ersten sozialdemokratischen Diskussionsredner ¾ Stunde, dem zweiten mindestens ½ Stunde zu gewähren, und zwar in einer Versammlung, bei der naturgemäß die verschiedenen bürgerlichen Parteien das Vorrecht hatten, ihre Erklärungen zur Kandidatur Junck abzugeben. Man wußte, daß man mit einer solchen Forderung Ablehnung finden mußte, man führte nur eine Komödie mit dem Recht auf Redefreiheit auf und hatte mit Hilfe der johlenden, schreienden, pfeifenden Masse für den notwendigen Theaterdonner bei dieser Komödie gesorgt. Natürlich um dann in der „Volkszeitung“ eine Posse der gekränkten Freiheitshelden weiterzuspielen und nun in einer Flut von Beschimpfungen persönlichster Art zu zeigen, was man in der für „eine höhere Kultur“ (!) kämpfenden Sozialdemokratie unter geistigem Kampf versteht.

Einige Beispiele dafür. Gleich die Ueberschrift des Schmähartikels enthielt das verheißungsvolle Wort „Kneiferbande“, und daran reihten sich in trautem Verein die lieblichen Stilblüten sozialdemokratischer Geistesfälle: Schelmenstückchen, Infamie, Ordnungsbanditen, tölpelhafter und nichtswürdiger Gewaltakt, Heuchlerbrut, kurzhärmiges Geschlecht, politisches Falchemmenviertel der Kurrakanaille, Demagogenrummel, listiger Köder, namenlose Niedertracht, Bande politischer Kipper und Wipper, Partei der organisierten politischen Prostitution, Jammerbrut usw.

Kurzum ein feiner Auszug aus dem sozialdemokratischen Konversationslexikon, gepaart mit den persönlich gehässigsten Ausfällen gegen den Leiter der Versammlung, dessen Name zu verunglimpfenden Witzen mißbraucht wird. Und das alles, um den Akt terroristischer Willkür zu verdecken, den man veranstaltet hat, um einer von gegnerischer Seite einberufenen Versammlung eine Redefreiheit in dem Umfang aufzuzwingen, wie ihn die üppig emporgeschossene Ueberhebung der Sozialdemokratie diktieren möchte.

Wer aber noch im Zweifel darüber war, daß es der Sozialdemokratie wirklich nicht um Redefreiheit, sondern um Redemißbrauch zu tun war — den konnte, nein, den mußte die Versammlung des vorgestrigen Abends darüber belehren. Hier hatte man der Sozialdemokratie nicht nur bereitwillig eine halbstündige Redezeit für jeden Redner gewährleistet. Hier war die Sozialdemokratie auch darauf eingegangen, daß stets auf einen ihrer Redner einer der bürgerlichen Parteien folge. Und doch hat sie diesen Pakt schmählich gebrochen, hat sich als wortbrüchig erwiesen.

Drei ihrer Redner hatte man von bürgerlicher Seite ruhig angehört. Zwei bürgerliche Debatteredner hatten auch die sozialdemokratischen Massen ruhig reden lassen. Als ihre eigene Rednerliste aber erschöpft war, hielt sie sich nicht mehr an den Pakt. Sie schrie den dritten Redner aus dem bürgerlichen Lager nieder und brachte damit den Dr. Junck um sein Schlußwort. So achtet die Sozialdemokratie die Redefreiheit. So offenbart sich die Partei, die für Freiheit und Gleichheit zu kämpfen vorgibt, als eine Partei des brutalen Terrorismus.

Die Entschuldigung, Dr. Henrici habe sie unerträglich gereizt, indem er auf sittliche Verfehlungen, die auch bei Sozialdemokraten so gut wie bei Angehörigen aller Parteien vorkämen, hinwies, ist eine faule Ausrede. Einmal hat er damit nichts Unwahres gesagt, und wenn er den Vorwurf erhob, so geschah es in der Abwehr gegen die verzerrte Darstellung des Sozialdemokraten Lange, der nur von den von allen Parteien verurteilten Schandtaten Deutscher in den Kolonien zu reden wußte, ohne auch den deutschen Beamten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Also mit dieser Entschuldigung ist es nichts. Mit ihr wird die Partei nicht von der Anklage frei gewaschen, daß sie die Redefreiheit auf das brutalste zu nichte gemacht und ihren wahren Charakter als Partei des Terrorismus entlarvt hat, die einem sachlichen und geistigen Wahlkampf nicht gewachsen ist, die mit den Kampfmitteln einer schlecht erzogenen Gassenjugend kämpft.

Daß die „Leipziger Volkszeitung“ dieses Benehmen der Sozialdemokratie billigt, überrascht nicht. Denn gerade sie hat in jahrelangen Schimpfereien unflätigster Art die bürgerlichen Parteien und ihre Führer so schimpflich behandelt, daß die große Masse nur die praktische Konsequenz aus diesen Lehren ihrer „geistigen Führer“ zieht, wenn sie meint, ein Rowdytum, wie es am Dienstag abend die Redefreiheit vernichtete, sei das „Kulturmittel“, mit dem die „völkerbefreiende“ Sozialdemokratie zu den „lichten Höhen der Menschheit“ vorschreite.

Uns kann diese Entlarvung des wahren Charakters der Leipziger Sozialdemokratie insofern nur recht sein, daß sie zeigt, wie man unter den Roten die Kandidatur Junck fürchtet, und wie notwendig es für die bürgerlichen Parteien ist, fest zusammenzustehen und den nochmaligen Sieg einer Partei zu verhüten, die die Freiheit im Munde führt, aber die Herrschaft des Terrorismus aufzupflanzen sucht.

So kann und so muß das vernichtende Urteil, das sich die Sozialdemokratie mit ihrem Verhalten in der Dienstag-Versammlung selbst gesprochen hat, nur ein Schritt weiter sein zum Sieg der bürgerlichen Parteien am 25. Januar!

Der Fall Zetzsche.

Zum Fall Zetzsche und den Feststellungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ äußert sich unser Gewährsmann nach einer Unterredung, die er vor der Veröffentlichung der genannten Zeitung mit Herrn Ingenieur Zetzsche hatte, folgendermaßen:

1) es ist richtig, daß Herr Zetzsche vor Annahme der Stelle vom deutschen Konsul in Moskau gewarnt worden ist, da am Ural Unruhen herrschten. Herr Zetzsche hat darauf der Petersburger Gesellschaft abgeschrieben. Diese schrieb dann zurück: die Mitteilungen des Konsulats wären unrichtig; es herrsche dort völlige Ruhe. Sie wolle ihm die Stelle sechs Monate offenhalten, damit er sich die Sache überlegen könne. Weitere Erkundigungen, die Herr Zetzsche in Rußland einzog, lauteten, wie er angibt, übereinstimmend beruhigend, so daß er schließlich die Stelle annahm. Bei seinem Eintreffen und in den ersten Monaten seiner Wirksamkeit waren auch keinerlei Unruhen zu spüren.

2) Eine Ausweisung aus ganz Rußland ist zunächst nicht erfolgt, sondern nur aus dem Gouvernement Perm. Die von Herrn Zetzsche seinen Freunden gemachte Mitteilung war danach nicht buchstäblich richtig, was wohl durch die Aufregung entschuldbar ist. In der Praxis aber kommt es auf eins hinaus: denn der ersten Ausweisung folgen gewöhnlich die anderen.

3) Von einem Unterstützungsanerbieten im deutschen Generalkonsulat zu Petersburg wußte Herr Zetzsche, trotzdem er dieses Besuches ziemlich ausführlich gedachte, nichts zu erzählen, sondern nur von dem Rate, nichts gegen die Petersburger Gesellschaft zu unternehmen, da bei den gegenwärtigen Verhältnissen im Lande nichts für ihn zu erwarten sei. Wenn unter solchen Umständen den Rat- und Hilfesuchenden eine Visitenkarte an einen russischen Rechtsanwalt eingehändigt wurde (wir haben Herrn Zetzsche so verstanden, als sei dies auf der deutschen Botschaft geschehen), auf der die Worte gestanden haben sollen „.... bittet den Ueberbringer dieser Karte zu empfangen“, so liegt darin unseres Erachtens ein recht magerer „Schutz“. Uebrigens würde es wohl angemessen sein, wenn Herr Zetzsche sich nunmehr über seine Petersburger Erlebnisse einmal selbst vor der Oeffentlichkeit äußerte, nachdem er doch selber diesen Weg beschritten hat. Raum würde ihm gewiß zur Verfügung gestellt. Wir könnten hierüber ja noch verschiedene Mitteilungen veröffentlichen, wissen aber nicht, ob Herr Z. nicht nachträglich dem Auswärtigen Amte „sein Bedauern hierüber aussprechen“ würde.

4) Nach Herrn Zetzsches Darstellung ist er zweimal zu verschiedenen Zeiten im Auswärtigen Amt gewesen. Das erste Mal habe er den Eindruck empfangen müssen, daß nichts für ihn geschehen solle oder könne. Darauf sei er zur Redaktion des „B. T.“ gegangen, um sich selber an die Oeffentlichkeit zu wenden. Inzwischen sei der Artikel im „Leipziger Tageblatt“ erschienen. Als er noch einmal ins Auswärtige Amt gegangen sei, habe man ihm vorgehalten, daß seine Sache ja bereits in der Presse sei. Das wäre nicht gut. (!!!) Im übrigen aber sei man nun bereit gewesen, ihn anzuhören, und habe ihm, soweit dies möglich sei, Hilfe versprochen. Hierauf gab Herr Zetzsche die durchaus richtige Erklärung ab: er habe jene Veröffentlichung nicht veranlaßt. Inhaltlich aber sei sie durchaus zutreffend, und sage eher noch zu wenig als zu viel.

Wir erkennen gern an, daß das Auswärtige Amt sich der Angelegenheit Zetzsche nunmehr energisch angenommen hat, und wollen auch gar nicht untersuchen, welchen Anteil die deutsche Presse hieran hat. Wir können aber vorläufig noch nicht anerkennen, daß die diplomatischen Vertreter des Deutschen Reiches in Rußland alles getan hätten, um den um Ehre und Stellung gebrachten Deutschen gegen russische Willkür wirksam zu schützen. Denn die Behauptung des Gouverneurs von Perm, er habe Zetzsche im Interesse von dessen persönlicher Sicherheit ausweisen müssen, ist doch gar zu fadenscheinig. Deshalb braucht man doch einen ehrlichen Mann nicht öffentlich einen Dieb und Lump zu nennen, und ihn unter Kosakeneskorte sofort vom Platze weg abzuschieben! Deshalb braucht man doch den Beschimpften nicht zuzurufen: „Ich gebe Ihnen mein Wort: solange Sie Direktor dieser Werke sind, erhält Ihre Gesellschaft in Petersburg die bei der Regierung beantragte Subvention nicht!“ War das auch etwa „zum persönlichen Schutze“ erforderlich?

Auf alle Fälle aber hat Herr Zetzsche jetzt selber einmal das Wort. Er wird nicht umhin können, sich zu äußern, da ja im „B. T.“ ein ungenannter Geschäftsmann ihm einige nicht bedeutungslose Vorwürfe macht, die zwar, wenn sie sich bewahrheiten sollten, seiner Ehre nicht zu nahe treten, wohl aber das Odium des Leichtsinns auf ihn laden.

Zur Rede Dernburgs.

„An Sie, die Hüter der Kulturgüter unserer Nation, an die Führer und Lehrer unserer heranwachsenden Geschlechter, geht im nationalen Interesse unsere Bitte, helfen Sie uns, den Impuls zu erwecken, ohne den nach einem Bismarckschen Worte keine Kolonialpolitik Erfolg haben kann.“

Mit diesen Worten schloß Exzellenz Dernburg seine akademische Rede in einer Versammlung von „Intellektuellen“, wie der Pariser sagt. Aber diese Intellektuellen haben einen an sich ganz vernünftigen Gedanken gehabt, sie wollen als „Koloniales Aktionskomitee“ in die Wählerschaft des Reiches das Verständnis tragen, das dem kleinen Mann bis heute für die bisher befolgte Praxis deutscher Kolonialpolitik gefehlt hat. Der Wille ist gut. Fragt sich nur, ob die Herren Akademiker, die in das Komitee gewählt wurden, die richtigen Wege finden, dem Wähler beizukommen. Leicht ist das gewiß nicht. Die Deutsche Kolonialgesellschaft, die bei ihren Zielen und Bestrebungen das neue „Aktionskomitee“ wahrscheinlich in der Stille des Herzens für nicht gerade notwendig halten wird, hat es in Jahrzehnten ihrer Arbeit erfahren. Sie ist bis zu einer gewissen Schicht unseres Volkes durchgedrungen, darüber hinaus stellte sich ihr, trotz Versammlungen, Vorträgen und Lichtbildern, absolut sprödes Gestein entgegen, das allen Bohrversuchen widersteht, und das neue Komitee wird es nicht leicht haben, hier durchzudringen. Die große Masse unserer Wähler hat leider unter der Fuchtel der Parteipolitik, besonders der Rothenden, die Frage nachbeten gelernt: Cui bono? Wem und was bringt die Kolonialpolitik ein?, und Exzellenz Dernburg hat sich redlich bemüht, hier eine hübsche und runde Antwort zu geben. Herr Dernburg hat vor allem recht, wenn er auf das nationale Moment in unserer Kolonialpolitik hinweist. Wir haben in unserer Betrachtung über die Kolonialpolitik und das nationale Kraftbewußtsein vor Herrn Dernburg einen ähnlichen Gedanken ausgeführt. Vielleicht aber ist der neue Kolonialdirektor der Mann, der trotz allem Geschreis, das sich erheben würde, den Kollegen vom Kultus nachdrücklich einschärfte, daß das Verständnis für alle Ueberseepolitik bei uns ein kümmerliches Pflänzlein bleiben wird, solange wir nicht beginnen, schon in unseren Schulen die Unterweisung in kolonialen Dingen zu einem Gegenstande des obligatorischen Unterrichtes zu machen. Die Forderung ist längst von verständigen Leuten gestellt, aber noch nie erfüllt worden. Die englischen Lernanfänger haben kleine Atlanten, in denen sämtliche Plätze der Welt, wo Engländer leben, rot unterstrichen sind, und darunter steht der lakonische Satz: „Alles, was rot, ist englisch.“ Zur Schwächung des Nationalbewußtseins dienen solche kleine Hilfsmittel gewiß nicht. Die Generation von heute, die die Geschicke des Reiches bestimmt, ist für das volle Verständnis für den Wert der Ueberseepolitik meist verloren, sie steht mit beiden Beinen meist noch auf der Ueberzeugung, daß mit dem Frankfurter Frieden das eigentliche Werk des territorialen Ausbaus unseres Reiches abgeschlossen sei. Selbst für den Besitz Helgolands fehlte ihr die Würdigung. Wenn wir nicht mehr in kümmerlich ausgesparten Stunden unserer Jugend ein paar spärliche Brocken unserer kolonialen Wissenschaften hinwerfen müssen, wenn wir erst planmäßig hier das Notwendige zum Gemeingut des Volkswissens machen, so werden die „Kanoniere der Kolonialskandale“ umsonst ihre Kartuschen abbrennen. Wer weiß heute in Wählerversammlungen etwas von den Dingen, die die Kolonalpolitik für ihr Verständnis als bekannt voraussetzen muß? Wer kennt die Sturm- und Drangperiode der holländischen, französischen, englischen Kolonialarbeit? Wer weiß etwas von Abenteurers Companies, wer von dem wirklichen Gang der Entwicklung Indiens und Nordamerikas? Wer kann nachprüfen, ob Herr Dernburg mit seinem Lobgesang auf Südwestafrika Recht hat? — Unter tausend nicht zehn. Herr Dernburg möge also auf diesem Gebiete den Pionier spielen, es ist keine verlorene Arbeit. Mit den Pfläuterchen und Villen, die hin und wieder verabfolgt werden, ist nichts geholfen, hier muß eine Radikalkur einsetzen, und wir halten Exzellenz Dernburg wohl für den Mann, der sie durchsetzen könnte.

Die Eingeborenenfrage behandelt Herr Dernburg als vorsichtiger Mann — denn das ist er trotz der forschen Suite mit Roeren, und der Gedanke, daß die Eingeborenen nicht über Nacht zu Kulturmenschen gemacht werden können, ist nicht neu; der Hinweis: „Nicht zuviel Vorschriften“ wird vielen und großen Beifall finden, aber wir fürchten, Herr Dernburg wird den idealen Kolonialbeamten, wie er ihn schildert und wünscht, verflucht dünn gesät finden. Der Missionar ist in dem Bilde auch nicht vergessen, aber Herr Dernburg wird wohl daran tun, Missionsarbeit und offizielle Kolonialpolitik als zwei sehr scharf gesonderte Gebiete anzusehen. Er, der sich mit südwestafrikanischen Verhältnissen besonders zu beschäftigen scheint, wird vielleicht gerade bei dieser Gelegenheit Material für diese Behauptung finden. Die Mission geht ihre eigenen Wege, wir wollen nicht leugnen, daß sie von ihrem Standpunkt aus oft Grund haben mag, mit den Vertretern der weltlichen Obrigkeit in den Kolonien in scharfe Differenz zu geraten, aber Herr Dernburg wird sich ein Verdienst erwerben, wenn er beiden Teilen klar zu machen weiß, daß ihr Wege wohl parallel laufen können, aber sich nicht kreuzen müssen, wie es leider heute — siehe Togo! — der Fall zu sein scheint.

Der Kernpunkt der Dernburgschen Rede ist die These: Die Kolonialfrage ist eine Geldfrage. Wir sind die letzten, welche gegen die Ausgaben einer Politik, die bisher noch im Stadium der Experimente stand, Zeter schreien wollen. Aber Dernburg soll nicht vergessen, daß die Beibehaltung unserer Kolonien, die Opferfreudigkeit für unsern „überseeischen Besitz“ heute noch nicht eine Probe auf den nationalen Vorteil, sondern auf die nationale Ehre ist. Und in diesem Punkte ist unser Volk Gott sei Dank noch immer empfindlich. Aber wir hätten diesen Punkt von Herrn Dernburg noch schärfer betont gewünscht. Vielleicht tut er's am Freitag im deutschen Handelstag.

Vom König der Könige.

Bescheiden sind die Potentaten des Orients eigentlich nicht. Der Tenno von Japan ist schon mehr Gott als Mensch in den Augen des Volkes, und eigentlich ist es ein Gnadenwunder, wenn er am Feste der Kirschblüte sich im Parke seines Palastes unter den Sterblichen sehen läßt, Tee trinkt, Cercle hält und wieder in Unnahbarkeit verschwindet. In China ist der Sohn des Himmels noch himmlischer als sein Kollege in Tokio. Nicht nur die Mauern der geheiligten Kaiserstadt, sondern die weit festeren Bollwerke des Zeremoniells trennen ihn zeitlebens von seinen Untertanen, die ihn eigentlich nur von Hörensagen kennen. Und wenn die allmächtige Kaiserinwitwe den europäischen Diplomaten Audienz erteilen muß, so ist das eben eine Ausgeburt der Zeit, und auf chinesisch wird die Sache wohl so erzählt werden, daß die „roten Teufel“ winselnd im Staube vor der Allmacht Ihrer Majestät gelegen und um ihr erbärmliches Hundeleben gebettelt haben.

Auch der Schah in Schah, der „König der Könige“, der Persiens Geschicke lenkt, ist mit seinem Titel echt orientalisch: an Bescheidenheit kränkelt der nicht. Aber auch in anderer Weise ist er der echte Orientale. Sein Vater Nasr-ed-Din sowohl wie er selbst haben bekanntlich immer gern auf ihren kostspieligen Europareisen den abendländisch angehauchten Kosmopoliten gespielt, den modernen Kulturmenschen, der sich nur noch in Jack und Frack wohlfühlt. Auch in Berlin gab es genug naive Menschen, welche den „König der Könige“ mit den haselnußgroßen Brillanten an der Lammfellmütze über den müdeblickenden Augen und dem melancholisch herabgestrichenen Schnurrbart seine Bildung glaubten. Aber die Hofdamen wußten manchen Zug von dieser Bildung zu erzählen, der nicht genau in den Kniggeschen für Prinzenerziehung paßte. Daß er bei Tafel statt des Champagners nur Brauselimonade getrunken habe, braucht man nicht ohne weiteres zu glauben. Das war wohl mehr für seine gläubigen Untertanen berechnet; denn der fidele König der Könige, der auf der Promenade die Berliner Damenwelt mit durchaus unverhüllten Wohlgefallen recht deutlich auszeichnete, wird wohl gewußt haben, daß Heidfleck und Pommery noch lange nicht die schlimmsten Mogen der Menschheit bilden. Man glaubt, der brave Nasr-ed-Din habe doch hin und wieder neben den Pfaden des Temperenzlers Mohammed gewandelt. So streng sonst der Koran ist, für den Aufenthalt der Gläubigen in den Ländern der Christenhunde gibt es allerlei Pizenzen. Die türkischen Offiziere, welche in Deutschland Waffen abnehmen, haben oft einen sauber geschriebenen Ferman in der Tasche. Man glaubt, daß die Herren Osmanli auf Grund dieses Schreibens des obersten Muti in Stambul Eisbein essen und ein Münchener austrotten dürfen, was sie ohne Zweifel auch ohne Ferman tun würden, so lange sie in Deutschland weilen. In der Türkei hört die Sünde von selber auf, denn der willigste Sünder findet da eben keinen Siechen oder Weibenteufen. Der Hammel spielte bei den Schahbesuchen in Berlin eine große Rolle. Die Hammel mußten rituell geschlachtet werden, und die persischen Gäste konnten nicht begreifen, daß man in preußischen Königsschlössern den blökenden Festbraten für gewöhnlich nicht auf Parkettböden und Teppichen ausbluten läßt, und daß die Gardinen und Portieren eigentlich nicht dazu aufgehängt sind, damit man sich die blutbefleckten Schlächterhände daran abwischt. Aber die edlen Söhne Irans focht es wenig an, was diese ungläubigen Hunde dachten, denen man die Ehre des Besuches antat. Auch sonst verrichteten sie ungeniert mancherlei Menschliches nach heimischem Brauche in den gastlichen Räumen, und der Herr Polizeipräsident und die Lakaien haben gewiß noch lange nach der Abreise ihrer werten Gäste „gewittert“ — vorausgesetzt, daß die Herren Schloßbeamten nicht an chronischem Schnupfen litten. Ganz modern waren die hohen Gäste aber im Einkauf bei den teuersten Geschäften in Berlin. Sie kauften, was ihnen gefiel und fragten durchaus nicht nach den Preisen. Man erzählt sich allerdings, daß das preußische Oberhofmarschallamt recht eigenartige Freuden empfand, als ihm hinterdrein allerlei Rechnungen präsentiert wurden. Na, Gäste sind eine Gabe des Himmels, und der liebe Himmel läßt es auch hin und wieder selbst einem hohen Hofmarschallamte „in die Bude regnen“.

Am gemütlichsten wird es dem Geiste des Schah in Berlin wohl gewesen sein, weil hier einer von der intimsten Umgebung des Schah nicht seines Amtes walten durfte: der Henker. Der „König der Könige“ soll trotz seiner europäischen Reisen und Schulden ein ganz fühler Morgenländer sein, der manchen armen Teufel, der ihm bei Tafel aufwartete, zum Lohne das geschorene Haupt mit der Barodieflocke vor die Füße legen ließ. Bei den Mahlzeiten, die in versiegelten Schüsseln aufgetragen werden, und zwar auf dem Tapeich, steht der Henker hinter dem Schah. Wenn einer der Eunuchen durch Ungeschicklichkeit oder unpassendes Benehmen den Zorn des Königs der Könige erregt hatte,